

Politische Debatte über Architektur

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **20 (1933)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-86352>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

geraten, und wir sehen besonders auch auf dem Land wahre Greuel von violetten, orangefarbenen und sonst schreiend bunt und kompliziert bemalten Gebäuden, die den Charakter einer ganzen Siedlung vollkommen verderben können. Im «Neuen Winterthurer Tagblatt» vom 28. Dezember 1932 ist ein beherzigenswerter Aufsatz zu diesem Thema «Grenzen der farbigen Stadt» von H. Keller erschienen. Wir zitieren daraus:

«Man sehe sich die farbigen Häuser des Südens daraufhin an, wie klein die Zahl der vorkommenden Farben ist: nur vereinzelt ein verwaschenes Rot, verblichenes Wäscheblau, häufiger braune Töne. Eines der besten farbigen Stadtbilder, die Umgebung des spanischen Platzes in Rom, zeigt nur Töne der Braunskala zwischen Gelb und Rot; ein sehr schönes Beispiel diesseits der Alpen, Altstadtgassen in Linz an der Donau, Weiss und Crèmetöne.

Bei uns dagegen, nun auch in den Dörfern, beginnt sich jedes Haus als Individuum zu gebärden und den Geschmack oder Ungeschmack des Besitzers nach aussen zu demonstrieren; oft sieht man auch, wie ein Malermeister ohne Farbensinn die ganze Umgebung verheert. Und dabei besitzt doch gerade unsere ländliche Architektur eine beneidenswert sichere Regel für die farbige Behandlung: Weiss für die Mauerfläche, Hausrot für die Riegel, Braun oder Flaschengrün für die Läden. Kaum hat der Heimatschutz dies wieder zum Bewusstsein gebracht, so beginnt schon das Unwesen der gelben, grünen, blauen, rosa Riegel, oft alles zugleich am selben Hause, sogar in dem berühmten Marthalen. Und gerade jetzt ergreift, von

der Stadt ausgehend, eine besonders schlimme Verirrung die Dörfer, und zwar merkwürdigerweise fast immer die Wirtschaften und Metzgereien: die Vorliebe für lila Häuser. Bald gibt es auf unserer Landschaft kein Dorf mehr, das nicht sein violettes Wirtshaus besitzt. Lila, diese unnatürlichste, dekadenteste aller Farben, ist deshalb an Hauswänden so unglücklich, weil es ganz unsubstantiell, wie phosphoreszierend wirkt und ein Haus ganz seiner optischen Solidität beraubt. Auch Orange hat diese formzersetzende Wirkung. Modetöne, die sich schliesslich noch für die Innenarchitektur eignen, sollten nie an den Aussenwänden verwendet werden.

Reines Weiss wäre in so vielen Fällen, wo man jetzt Bunttheit sucht, das Gegebene, und das verpönte Grau, das doch die natürliche Farbe unseres Baumaterials ist, wird sehr zu Unrecht aus seinen Aufgaben verdrängt, es ist zu grosser Feinheit in der farbigen Tönung fähig. Kräftige Farben sollten nie rein verwendet, sondern immer gebrochen werden, Blau z. B. mit Grau, gleichsam als durchscheinender Materialfarbe des Verputzes. Farben, die sich so nicht mischen lassen, wie etwa Schwefelgelb, gehören sowieso nicht an Hauswände.

Die farbige Behandlung der Häuser sollte überhaupt wieder dazu kommen, über einige wenige Farben zu verfügen, deren Anwendung genau feststeht, eine objektive Funktion der Farben. Dabei könnten die historischen Beispiele und die natürlichen Materialfarben den besten Dienst für eine sichere Regel bieten.»

Hier wäre ein dankbares Tätigkeitsgebiet für den Heimatschutz, denn diese schlechten Bemalungen sind schlimmere Feinde eines Ortsbildes als alle Flachdächer und Telegraphenleitungen!

p. m.

Politische Debatte über Architektur

Es gehört zu den deprimierendsten Erscheinungen unseres politischen Lebens und vielleicht zu den bedenklichsten Zersetzungserscheinungen unserer Demokratie, dass kein Volksteil die Kompetenz derjenigen Volksgenossen anzuerkennen bereit ist, die durch ihr Studium und ihre berufliche Tätigkeit nun einmal von dem betreffenden Gebiet mehr verstehen als der Mann von der Strasse und der Politiker, der seinerseits auf andern Gebieten seine besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse haben mag. So bieten unsere politischen Körperschaften immer wieder das wahrhaft obszöne Schauspiel von Architekturdebatten, in denen sich politische Gesichtspunkte, Einzelkenntnisse, Demagogie, vollkommene Ignoranz, unverstandene Schlagwörter, Heimatschutzideen am rechten und am falschen Ort, als Volksinteressen maskierte Interessen bestimmter Spekulanten- und Fabrikantengruppen usw. zu einem unentwirrbaren Knäuel ballen, um dann unter dem Titel des «Volkswillens» sich in die Entscheidung von Baufragen einzumischen, in denen die Ueberlegung des Fachmanns allein, gerade im Interesse des Ganzen, den Ausschlag geben müsste. Wir entnehmen schandenshalber folgendes Kulturbild, leicht gekürzt, einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 9. Januar 1933 über die 24. Sitzung des Zürcher Kantonsrates gleichen Tages:

Thema: *Verwaltungsgebäude auf dem Walcheareal.*

Pfleghard (fr., Zürich) berichtet über die Beratungen der Kommission in der Angelegenheit des Baus zweier Verwal-

tungsgebäude auf dem Walcheareal in Zürich. Er verlangt eine Verlängerung der reglementarischen Rededauer, die ihm gewährt wird. Die Kommission würde, wie Pfleghard ausführt, dem Projekt auch heute noch Opposition machen, wenn nicht die Notwendigkeit bestehen würde, Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu treffen. Es gilt nunmehr, nicht nur dem Kantonsrat die Möglichkeit der Zustimmung zu geben, sondern auch dem Volke die Annahme der Vorlage zu erleichtern. Alles zusammengerechnet, werden die beiden Bauten eine Summe von rund 11 Millionen Franken erfordern.

Pfleghard äussert sich dann zur augenfälligsten Differenz, über welche sich die Mehrheit der Kommission nicht hinwegzusetzen vermochte: das flache Dach. Er ersucht den Rat, sich nicht neuerdings darüber zu ereifern, ob die neue Bauweise zu begrüssen sei oder nicht; aber für viele gehört das sichtbare Dach eben zum Begriff des Hauses. Und es ist auch richtig, dass das Steildach eine durch unser Klima wohl begründete Forderung darstellt; daneben ist es billiger und besser und bietet mehr Raum als das Flachdach. Im übrigen sind es nicht die Künstler allein, welche die Kunst machen; es muss auch das Interesse dafür im Volke vorhanden sein. Dieses Interesse würde aber totgeschlagen, wenn man der Oeffentlichkeit das Recht nehmen sollte, sich kritisch zu äussern. Für die Volksabstimmung wird es richtig sein, die Frage abzuklären und mit einem Entscheid zugunsten des Steildaches eine starke Opposition zu beseitigen. Der Regierungsrat und die Architekten sollten nun auch Entgegenkommen beweisen, nachdem die Kommission der Vorlage viele Steine aus dem Weg geräumt hat.

Den Standpunkt der Bauernfraktion begründet Bantli (Bp., Dübendorf); er gibt die Erklärung ab, dass die Fraktion der Vorlage zustimmt, jedoch unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass für die Bauten an der Walche das Steildach zur Anwendung gelangt, und zwar aus ästhetischen und praktischen Gründen. Der Redner verweist u. a. auf die Tatsache, dass die moderne Bauweise fast kein Holz mehr verwendet;

man sollte sich zum vornherein bemühen, die Widerstände auf der Landschaft zu beseitigen. Brupbacher (fr., Meilen) unterstützt die Ausführungen von Pflughard und vertritt die Auffassung, dass auf das Zürcherhaus das Zürcherdach gehört. Kägi (soz., Erlenbach) spricht für die sozialdemokratische Minderheit der Kommission, welche mit dem Regierungsrat für das Flachdach eintritt. Warum dies geschieht, legt er in ausführlicher Weise unter Zitierung zahlreicher Fachleute dar. Die sozialdemokratische Fraktion macht ihre Zustimmung zur Vorlage immerhin nicht von der Dachform abhängig. Bill (dem., Zürich) tritt für das Steildach ein und konstatiert, selbst der Sprecher der Minderheit habe zugeben müssen, dass über das Flachdach noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Dem Redner gefällt das «wenn möglich» im Kommissionsantrag nicht; besser wäre eine unmissverständliche Erklärung des Regierungsrates. Peter (soz., Zürich) bezeichnet die Dachform als unwesentlich und bestreitet, dass es sich um einen sozialistischen Glaubenssatz handle. Hier sollen die Fachleute den Entscheid fällen; im übrigen ist das Hauptgewicht auf die Arbeitsbeschaffung zu legen. Spörri (Bp., Weisslingen) würde es begrüßen, wenn der Rat sich auf das Zürcher Steildach einigen könnte.

Käser (fr., Zürich) stellt fest, dass in der Kommission wie im Plenum die Volksstimmung zum Ausdruck gekommen ist. Der Sprechende ist kein grundsätzlicher Gegner der modernen Bauweise, erklärt aber, dass in das Walchequartier seiner Ansicht nach ein Flachdach nicht hineingehört. Dr. Häberlin (fr., Zürich) äussert sich über verschiedene Bauweisen in Bern und andern Orten und empfiehlt für Zürich einen ausgesprochenen Zürcher Stil. Daneben tritt er aus hygienischen Gründen gegen das Flachdach auf. Kritisiert wird vom Redner die Schleifung des Zwischenbaus, die nicht recht in die Zeit der Krisis und der Sparsamkeit hineinpassen will; daneben wehrt er sich dagegen, dass die Ansprüche der kantonalen Verwaltung auch künftig beständig gesteigert werden sollen.

Dr. R. Schmid (fr., Zürich) bringt namens der freisinnigen Fraktion den Antrag ein, im Kommissionsantrag die Worte «wenn möglich» zu streichen und zu sagen: «Der Regierungsrat wird eingeladen, die Verwaltungsgebäude mit niedrigen Ziegeldächern zu versehen.» Der Redner wehrt sich mit allem Nachdruck dagegen, dass im zürcherischen Kantonsrat gegen die Auffassung der Fachleute nichts vorgebracht werden dürfe. Der Regierungsrat würde mit einer Zustimmung zum Steildach manchen ernst zu nehmenden Widerstand gegen die Vorlage ausschalten. Wenn dies geschieht, so können die Mitglieder des Kantonsrates auch mit Überzeugung dafür vor dem Volke eintreten. (Zwischenbemerkung der Redaktion: Dr. R. Schmid ist Verwaltungsratspräsident der an der Erstellung von Steildächern unmittelbar interessierten Ziegeleien.) — Der Präsident macht die Mitteilung, dass noch sieben Redner eingeschrieben sind. (Unruhe; Rufe «Abstimmung!») A. Wyss (soz., Zürich) hätte es, wie er unter grosser Unruhe u. a. darlegt, gerne gesehen, wenn die Fachleute im Rat zum Wort gekommen wären. Pflughard wirft er «Konkurrenzneid und Wankelmüt» vor! Der Redner polemisiert gegen die Ziegelfabrikanten und den Zementtrust, welche bei den Walchebauten ihren Profit machen wollen. (Widerspruch bei den Bürgerlichen.)

Baudirektor Maurer legt dar, wie der Regierungsrat das Projekt gründlich vorberaten und durch Fachleute hat begutachten lassen. Dabei musste aber stets die Zweckbestimmung zu allererst im Auge behalten werden. Im Kantonsrat scheint man im Gegensatz dazu mehr Gewicht auf das äussere Kleid zu legen, worüber man sich nur schwer einigen kann. Der Redner stellt fest, dass gegenüber der Juli-Diskussion heute nicht viel Neues vorgebracht wird. Was die Dachkonstruktion anbelangt, so erklären die Architekten, dass es ohne bedeutende architektonische Verunstaltung des ganzen Baublocks möglich ist, dem grössern Gebäude zwischen Walcheplatz und Stampfenbachstrasse ein Firstdach aufzusetzen, während dies beim andern Gebäude nicht angängig und wirtschaftlich erscheint. In diesem Sinne ist der Regierungsrat zu einem Ent-

gegenkommen bereit; er hofft, dass das Zürcher Volk sich seiner Auffassung anschliessen werde. Gebert (komm., Thalwil) spricht von der «Neuen Gesellschaft», die auch eine neue Bauweise verlangt.

Dr. Eugster (fr., Zürich) beantragt, in Ziffer 2 des Mehrheitsantrages den Satz beizufügen: «Die Gebäude werden mit Steildächern versehen.» Werden diese Anträge nicht angenommen, so soll die Vorlage nochmals an den Regierungsrat zurückgewiesen werden. (Lärm links, Pfuirufe.) Der Redner wendet sich gegen die Verwirklichung einer modernen Modelaune auf dem Gebiete der Bautätigkeit und gegen die Durchführung eines Experiments für 10—11 Millionen in der Zeit der Krisis. «Das Zürcher Volk will wissen, worüber es abzustimmen hat; die Zürcher Regierung gehört in ein Zürcher Haus.»

Der Präsident stellt fest, dass sich der Antrag Eugster inhaltlich mit demjenigen der Bauernfraktion deckt. Dr. Hefti (fr., Zürich) spricht als Mitglied des städtischen Baukollegiums und teilt mit, dass über die Güte des vorliegenden Projektes dort nur eine Meinung herrscht und dass es ein Irrtum ist, wenn man glaubt, einem bestimmten Grundriss ein beliebiges Dach aufsetzen zu können. («Sehr richtig!») Der Redner warnt davor, die Frage «Flachdach oder Steildach» etwa nach politischen Gesichtspunkten entscheiden zu wollen, da es sich um einen ausgesprochenen Zweckbau handelt. Er bittet den Rat, dem Regierungsrat und den Architekten, Gebrüder Pfister, Vertrauen zu schenken.

Immer noch sind fünf Redner eingeschrieben; ein Antrag des Vorsitzenden — er wird von Kaufmann (soz., Zürich) und Dr. Maag (dem., Zürich) bekämpft — es sei mit Dreiviertelmehrheit nach § 25 der Geschäftsordnung Schluss der Debatte zu erklären, dringt bei 108 : 54 Stimmen nicht durch. Die Diskussion geht also weiter. («Sehr gut!» links.)

Naef (Bp., Bülach) spricht von den Nachteilen des Flachdaches in unserem Klima und bekämpft das Flachdach als System. Dr. Brunner (fr., Zürich) befürwortet ein stattliches, auch in ästhetischer Beziehung befriedigendes Gebäude anstatt einer «geistlosen Zuchthausanlage!» (Heiterkeit.) Kopp (soz., Zürich) begründet nochmals die Haltung der Sozialdemokratischen Partei, meint aber, man hätte die Diskussion schon vor zwei Stunden schliessen können. «Wir wollen, dass rasch gebaut wird — mit oder ohne Steildach!» Der Redner ist, wie er mitteilt, von der Bauarbeitersektion Zürich beauftragt worden, für Steildächer einzutreten. Dr. Maag (dem., Zürich) regt an, die Fraktionen möchten sich auf den Standpunkt des Regierungsrates einigen. Im übrigen kritisiert er das Niveau der heutigen Diskussion und bezeichnet die Ausführungen von Dr. Hefti als das Wertvollste, was gesagt worden sei. Nach einer persönlichen Erklärung von Dr. R. Schmid (fr., Zürich) gegen die hemmungslose Ausdrucksweise von Bezirksrichter A. Wyss und einer lärmenden Replik des letztern ist die Diskussion erschöpft.

Pflughard (fr., Zürich) stellt als Kommissionsreferent abschliessend fest, dass die Debatte mit einigen Ausnahmen sachlich geführt worden ist. Der Redner bekämpft im übrigen den Kompromiss, der im Antrage des Regierungsrates liegt; ein gemischtes Dachsystem ist nach seiner Auffassung nicht anwendbar.

Abstimmung. Zunächst wird Ziffer 1 der Anträge bereinigt. Der Ergänzungsantrag Bantli-Eugster, «die Gebäude sind mit Satteldächern zu versehen», wird mit 96 gegen 78 Stimmen angenommen; Ziffer 2 über die Kreditgewährung sowie die ganze Vorlage werden hierauf fast einstimmig zum Beschluss erhoben.

Schweizerischer Gewerbekalender 1933

46. Jahrgang. Taschennotizbuch für Handwerker und Gewerbetreibende, herausgegeben unter Mitwirkung tüchtiger Fachmänner vom Gewerbeverlag Büchler & Co., Bern. Preis in Leinwand Fr. 3.50.